

Abg. Grünewald fasste kurz den vorgelegten Antrag sowie dessen Zielsetzung zusammen und bat den Ausschuss um Zustimmung.

SkB Schoen erklärte, dass er gegen den Vorschlag stimmen werde. Seiner Einschätzung nach würden damit lediglich Beträge zwischen den Kreisliegenschaften hin- und hergeschoben. Abgesehen davon könne man mit einem Betrag von 100.000 Euro nicht allzu viel bewegen. Damit könne man allenfalls eine größere Heizung pro Jahr sanieren. Zudem gebe es noch einen ideellen CO₂-Preisauflauf für den Kreis auf seine eigenen Gebäude, was er wenig sinnvoll finde.

Abg. Anschütz widersprach den vorgetragenen Bedenken. Die nicht eingesparte Menge an CO₂ werde in den Fonds eingelegt, so dass Mittel für sinnvolle Maßnahmen zur Reduktion des CO₂-Verbrauchs im gesamten Kreis zur Verfügung stünden. Das sei ein Weg, um das Ziel, insgesamt die CO₂-Emissionen auf Null zu bringen, möglichst schnell zu erreichen.

Abg. Grünewald bekräftigte die Sinnhaftigkeit des Antrags und regte an, diesen noch dahingehend zu erweitern, dass für die Jahre 2023 bis 2025 pro Jahr ein Pauschalbetrag i. H. v. 50.000 Euro eingestellt werde.

Abg. Leuning äußerte sich wohlwollend zu dem Antrag, da dieser zwei Ideen seiner Partei aufgreife. Zum einen habe die Bundesumweltministerin Schulze die CO₂-Bepreisung initiiert, zum anderen habe seine Fraktion schon 2007 einen Fonds für Zukunft und Nachhaltigkeit beantragt, der ebenfalls Mittel für Investitionen zur Energieeinsparung, zum Einsatz von erneuerbaren Energien und dem Aufbau einer klimafreundlichen Fahrzeugflotte bereitstellen sollte. Es sei erfreulich, dass dieses Thema nach gut 14 Jahren nun aufgegriffen werde und der Weg nun gemeinsam begangen werden solle. Allerdings könnten mit den geringen Mitteln keine großen Sprünge gemacht werden.

SkB Albrecht äußerte ergänzend seine Enttäuschung darüber, dass in Kombination mit dem vorliegenden Antrag nicht auch über den von seiner Fraktion gestellten Antrag „Jährlicher Klimaschutzpreis“ beraten werde. In der angedachten Größenordnung von 10.000 Euro sollten Projekte in Kindertagesstätten, Grundschulen und weiterführenden Schulen gefördert werden. Seitens des Landrates sei das Ziel Klimaschutz an erster Stelle gesetzt worden und da müsste insgesamt schon mehr Geld in die Hand genommen werden, um diesem Ziel gerecht werden zu können.

Vorsitzender Abg. Dr. Griese schlug vor, die Anregung der Abg. Grünewald aufzugreifen und die im Antrag genannten drei Beschlussvorschläge um einen vierten zu ergänzen. Er ließ sodann über den ergänzten Antrag abstimmen.